

STEFAN PFEIFER

Von Erfurt nach Essen nach Berlin. Aus der Arbeit mit dem Aufruf für eine andere Politik in einer Ruhrgebietsstadt

Die bundesweite Großdemonstration »Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten« am 20. Juni in Berlin hätte es ohne die Erfurter Erklärung nicht gegeben. Im Westen gründeten sich 1997 nach ihrer Veröffentlichung viele Initiativgruppen. Diese Gruppen verschrieben sich zunächst der Verbreitung der Erfurter Erklärung. Nach dem »Bochumer Ratschlag« bildeten sie den organisatorischen Kern für die Demo-Mobilisierung im Westen. Dieser Beitrag berichtet über die Arbeit der Essener Initiative.

Das Ruhrgebiet gilt bis heute als die bedeutendste deutsche Industrieregion, obwohl die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten fünfunddreißig Jahren um fast 1/3 zurückging, in der Industrie sogar um die Hälfte. Die Arbeitslosenquote liegt inzwischen bei über 15 Prozent.

Stefan Pfeifer – Jg. 1962, Diplomvolkswirt, beschäftigt bei einer Beratungsfirma für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit in Bochum. Sprecher des Initiativkreises zur Verbreitung der Erfurter Erklärung in Essen.

Zwischen Ruhr und Emscher, Rhein und Lippe leben fast 5,5 Millionen Menschen, die in ihrer großen Mehrheit zu den Verlierern gehören, wenn neoliberale Politik einen »kalten Krieg gegen den Sozialstaat« führt.

Die Statthalter der Regierungskoalition haben im Ruhrgebiet schlechte Karten: Die CDU liegt bei rund 30 Prozent, die FDP bleibt hier unter 5 Prozent. Wenn das Ruhrgebiet bei den Bundestagswahlen keinen dicken Stimmenvorsprung für die bisherigen Oppositionsparteien beibringt, dann gibt es keine Mehrheit für eine andere Regierung. Das ist aber längst nicht mehr sicher. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet umfaßt auch das Wählerverhalten:

In vielen Arbeiterstadtteilen geht nicht einmal mehr jede bzw. jeder zweite Wahlberechtigte zur Wahl – die Einwohnerinnen und Einwohner ohne deutschen Paß nicht mitgerechnet. Es wird immer deutlicher, daß die bisherigen Mechanismen der Mehrheitsbeschaffung im Ruhrgebiet immer weniger greifen: Die traditionelle Verbindung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Kulturvereinigungen funktioniert nicht mehr.

Politische Resignation macht sich ausgerechnet bei denen breit, die nie CDU gewählt haben, die sich aber auch von einer anderen Regierung mit Beteiligung der SPD und Bündnis 90/Die Grünen offenbar nichts versprechen. Diesen Aspekt spricht auch die Erfurter Erklärung an: »Parteiförmige Politik allein kann das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen.« Er gilt jedoch nicht für die gesamte Bevölkerung: Die Wahlbeteiligung in den traditionellen Bürgervierteln der Ruhrgebietsstädte liegt konstant bei 80 Prozent und mehr.

In sich ist das Ruhrgebiet von Konkurrenz zwischen den Städten und Teilregionen geprägt. In allen Städten arbeitet inzwischen die Mehrheit im Dienstleistungssektor.

Essen ist mit über 600.000 Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt im Ruhrgebiet. Sie sieht sich selbst als die Dienstleistungsmetropole in der Region und begründet dies mit der Funktion des Unternehmenssitzes bundesweit bedeutender Konzerne: Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), die Ruhrkohle AG, Krupp-Hoesch, Ruhrgas, Karstadt und Coca-Cola Deutschland haben hier ihre Zentralen. In Essen regiert die SPD mit absoluter Mehrheit. Bündnis 90/Die Grünen sind inzwischen auch bei 10 Prozent.

Im Frühjahr 1997 gründete sich hier ein »Initiativkreis zur Verbreitung der Erfurter Erklärung«. Der Initiativkreis besteht aus Einzelpersonen: dem Pfarrer aus dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, dem Vorsitzenden des DGB-Kreises Essen, Aktiven aus dem Antifaschistischen Forum Essen, von Pro Asyl/Flüchtlingsrat und dem Antirassismus-Telefon sowie der PDS und der DKP.

Sie stimmten in zentralen Aussagen der Erfurter Erklärung überein: »Wir brauchen eine andere Politik - also brauchen wir eine andere Regierung. Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit für Bonn und für Berlin verändern.« Der Initiativkreis in Essen nahm sich vor, prominente »Erstunterzeichnende« aus Essen für die Erfurter Erklärung zu gewinnen, eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung mit bekannten Erstunterzeichnern der Erfurter Erklärung zu organisieren und öffentlichkeitswirksame Aktionen für das Wahljahr 1998 vorzubereiten.

Als Essener »Erstunterzeichnende« konnten insgesamt mehr als 50 verschiedene evangelische Pfarrer, Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftssekretäre, bekannte Lokaljournalisten und Kulturschaffende sowie Vertreter von Arbeitslosen- und Nichtseßhaften-Initiativen gewonnen werden. Die Zustimmung geht somit weit über bestehende Aktivenkreise hinaus und erreicht wichtige Multiplikatoren. Aber: Die Einzelpersonen sind in ihren verschiedenen politischen und sozialen Zusammenhängen bereits ausgelastet. Ihre Multiplikatorfunktion nehmen sie derzeit noch nicht aktiv wahr.

Und sie bekommen Gegenwind: Ablehnung gegenüber der Erfurter Erklärung kommt in Essen besonders von den beiden stärksten Einzelgewerkschaften – der IG Metall und der ÖTV –, die in Essen sehr eng mit der SPD verbunden sind. Die SPD in der Stadt konzentriert sich bundespolitisch darauf, Gerhard Schröder als Kanzlerkandidaten der SPD zu unterstützen, und verschafft ihm Auftritte und Kontakte. Die Erfurter Erklärung mit ihrer Ausrichtung auf eine »andere Politik« scheint dabei nur zu stören.

Bündnis 90/Die Grünen sind auch in Essen gegenüber dem »gesellschaftlichen Aufbruch für eine andere Politik« zurückhaltend. Aus ihren Reihen kommt bislang nichts.

Die eigene Zersplitterung und der Gegenwind führten zu einer relativ geringen Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit: Zu der öffentlichen Diskussionsveranstaltung in der Volkshochschule

Essen u.a. mit Horst Schmitthenner, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, kamen knapp fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie diskutierten auf gutem Niveau und mit großem Interesse über die Notwendigkeit grundlegender Änderungen und ihre eigenen Beiträge dazu: Öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Stadt wie z.B. eine Zeitung »Für eine andere Politik«, die in allen Haushalten verteilt werden soll, oder eine Plakataktion in der gesamten Stadt zu den Bundestagswahlen 1998 wurden vorgeschlagen. An der Umsetzung wird jetzt gearbeitet.

Zwischenfazit:

Der Verdruß vieler Menschen mit dieser Bundesregierung und ihrer Politik ist auch in Essen so groß wie nie in den letzten Jahren. Trotz Resignation bei vielen Wählerinnen und Wählern und auch bei früher politisch Aktiven: Die Bereitschaft, für eine andere Politik einzutreten, ist bei vielen Menschen gewachsen, die sich bislang politisch noch nicht engagiert haben. Die politischen Parteien der Opposition sind bislang mit sich selbst und ihrer Kandidatennominierung beschäftigt. Die Aktiven aus dem Initiativkreis sind organisatorisch und finanziell schwach. Aber die Erfurter Erklärung und vor allem die Demonstration in Berlin sind geeignet, die Zusammenarbeit zu fördern.

Zur Demonstration am 20. Juni in Berlin hatten die Essener vier Busse mit je 50 Plätzen bestellt (und finanziert). Gewerkschaften, »linke Szene«, Arbeitslose und Nicht-Seßhafte bildeten die stärksten Gruppen. Bei der Vorbereitung und der Demo selber entstand neue Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräften ohne Ausgrenzung nach links. Und dies ist in den Zeiten der Erosion »linker Gegenmacht« nicht das Schlechteste.